

An die
Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Abteilung Infrastruktur

01054 Dresden

SAB-Kundennummer

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒ oder ausfüllen.

**Förderantrag
Investitionspakt Soziale Integration im Quartier**

gemäß Bekanntmachung des SMI zum Programmjahr 2019¹

1. Antragsteller

Stadt | Gemeinde

Straße, Hausnummer

PLZ Ort

Ansprechpartner

Telefon **Fax**

E-Mail

Weiterleitung der Zuwendung an Dritten (Eigentümer bzw. Träger der Einrichtung) ist vorgesehen

Eigentümer bzw. Maßnahmeträger

Straße, Hausnummer

PLZ Ort

2. Maßnahme | Projekt

2.1 Angaben zum Vorhaben

Genaue Bezeichnung der Einrichtung

Straße, Hausnummer

Kurzbezeichnung der geplanten Maßnahme

PLZ Ort

2.2 Angaben zur städtebaulichen Gesamtmaßnahme im Rahmen der Städtebauförderung

- Die Maßnahme liegt im Gebiet einer städtebaulichen Gesamtmaßnahme des Programms:
- SOP Stadtumbau
 - SDP KSP
 - SSP ZSP

Name Fördergebiet | Gesamtmaßnahme

¹ Die Anträge sind zusätzlich in digitaler Form im pdf-Format einzureichen.

- Maßnahme liegt voraussichtlich künftig im Gebiet einer städtebaulichen Gesamtmaßnahme des Programms:**
 - SOP**
 - SDP**
 - SSP**
 - Stadtumbau**
 - KSP**
 - ZSP**
- Die Maßnahme liegt in keinem bestehenden oder geplanten Fördergebiet bzw. einer entsprechenden Gesamtmaßnahme.**
- Die Maßnahme beruht auf dem aktuellen INSEK.**
- Die Maßnahme ist im aktuellen Stadtentwicklungskonzept zum Fördergebiet (SEKO) benannt und begründet.**

Gebietsbeschluss erfolgt geplant am (TT.MM.JJJJ)

Name des künftigen Fördergebietes Gesamtmaßnahme

2.3 Angaben zur aktuellen Nutzung

- Schule**
- Kindertagesstätte**
- Bürgerhaus**
- Sonstiges**
- Stadtteilzentrum**
- öffentliche Bildungseinrichtung**
- leerstehend**

ggf. weitere/genauere Angaben zur aktuellen Nutzung der Einrichtung

2.4 Angaben zur geplanten künftigen Nutzung

- Schule**
- Kindertagesstätte**
- Bürgerhaus**
- Stadtteilzentrum**
- öffentliche Bildungseinrichtung**
- Sonstiges**

Kurzbezeichnung, sofern Sonstiges gewählt wurde

2.5 Geplante Baumaßnahmen

- Sanierung**
- Teilsanierung**
- Erweiterung**
- Ersatzneubau**

- Änderung/ Sanierung von mit dem Gebäude bestimmungsgemäß fest verbundener Ausstattung**
- Freiflächengestaltung**
- Neubau**

2.6 Beschreibung der besonderen sozialen Bedeutung in Verbindung mit der geplanten Maßnahme

Die Einrichtung trägt zur Förderung der sozialen Integration und des sozialen Zusammenhalts im Quartier bei und leistet einen besonderen Beitrag zur Quartiersentwicklung.

Begründung (sofern Platz nicht ausreicht, bitte separate Anlage und Konzept beifügen)

2.7 Durchführungszeitraum

Vorhabensbeginn (TT.MM.JJJJ)

Vorhabensende geplant (TT.MM.JJJJ)

2.8 Bisherige geförderte Baumaßnahmen am Gebäude/Objekt
 Für das Gebäude/Objekt wurde bereits eine investive Förderung im Rahmen einer Fachförderung z.B. VwV KITA Bau, Schulhausbauförderung, Städtebauförderung o.a. ausgereicht

ja nein

wenn ja, welche (ggf. weitere Angaben auf separatem Blatt):

In bereits geförderte Bauteile wird mit der geplanten Maßnahme eingegriffen:

ja nein teilweise

wenn ja oder teilweise: weitere Erläuterungen auf separatem Blatt sind beigefügt

2.9 Künftige Baumaßnahmen am Gebäude/ Objekt

Für das zur Förderung beantragte Objekt ist über den beantragten Bedarf der Förderung hinaus ein weiterer Bedarf an baulichen Maßnahmen in den nächsten Jahren absehbar.

ja (siehe Bedarfsdarstellung als Anlage zum Antrag)
 nein

3. Ausgaben- und Finanzierungsplan

3.1 Vorsteuerabzugsberechtigung

Der Antragsteller bzw. im geplanten Weiterleitungsfall, der Dritte ist gem. § 15 UStG für das Vorhaben zum Vorsteuerabzug berechtigt:

ja

nein

teilweise für die Baumaßnahme zu %

Hinweis: Wenn der Antragsteller/ im Weiterleitungsfall der Dritte für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, sind im Folgenden die Ausgaben ohne Umsatzsteuer anzugeben.

3.2 Ausgaben für die Maßnahme

	Betrag in €
Summe Gesamtausgaben	<input type="text"/>
davon zuwendungsfähige Ausgaben:	
Baukosten, welche in unmittelbarem Bezug zu dieser Baumaßnahme stehen	<input type="text"/>
Ausstattung und Einrichtung	<input type="text"/>
Baunebenkosten	<input type="text"/>
sonstige Ausgaben für investive Begleit- und Folgemaßnahmen	<input type="text"/>
Summe zuwendungsfähige Ausgaben	<input type="text"/>

Bezeichnung

3.3 Finanzierung

	Betrag in €
Beantragte Zuwendung (max. 90 % der zuwendungsfähigen Ausgaben)	<input type="text"/>
Eigenmittel (Stadt/Gemeinde)	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Summe der Finanzierungsmittel	<input type="text"/>

Die Summe der Gesamtausgaben (3.2) sowie die Summe der Finanzierungsmittel (3.3) müssen gleich hoch sein.

3.4 Finanzierung nach Jahresscheiben

Die Zuwendung wird wie folgt beantragt:

	Jahr	Betrag in €
beantragte Zuwendung lt. 3.3		
davon im Haushaltsjahr (KM)		
im Haushaltsjahr (VE)		
im Haushaltsjahr (VE)		
im Haushaltsjahr (VE)		
im Haushaltsjahr (VE)		

4. Ergänzende Antragsunterlagen

Die nachfolgend aufgeführten Unterlagen sind Voraussetzung für die Gewährung der Zuwendung. Sie sind diesem Antrag beizufügen.

Unvollständige Angaben in den Antragsunterlagen können zu Verzögerungen bei der Antragsbearbeitung führen.

Auf Anfrage der SAB sind im Einzelfall weitere Unterlagen einzureichen.

1. Städtebauliche Unterlagen

– InSEK und Fördergebietskonzept, in welchen das Projekt benannt ist bzw. klar ableitbar ist. Sofern nicht zutreffend ausgewählt wird, ist eine gesonderte Begründung beizufügen.

beigefügt liegt der SAB vor nicht zutreffend

– Beschluss der Gemeinde über den Beginn der vorbereitenden Untersuchungen bzw. die Aufstellung der Satzung bzw. des Gebietsbeschlusses

beigefügt liegt der SAB vor nicht zutreffend

Übersichtsplan zur konkreten Lage der Maßnahme mit Kennzeichnung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme

2. Maßnahmebezogene Unterlagen

detailliertes Nutzungskonzept

Erläuterungen zu Vorförderung (Nr. 2.8)

Beschreibung des Bedarfs an weiteren baulichen Maßnahmen über die beantragte Maßnahme hinaus (Nr. 2.9)

wenn Baumaßnahme eine KITA ist: Negativattest der Fachförderung und KITA-Bedarfsplan

Absichtserklärung zwischen Gemeinde und Drittem (Eigentümer/ Maßnahmeträger) über die Durchführung der Maßnahme (sofern Weiterleitungsfall)

Begründung Ablehnung Fachförderprogramm
Sofern eine Förderung aus einem Fachförderprogramm abgelehnt wurde, ist die Begründung hierfür beigefügt (siehe Nr. 5.6).

3. Bauunterlagen bei beantragter Zuwendung bis 1,5 Mio. €

– Beschreibung des Bauvorhabens
– Kostenberechnung nach DIN276
– bei Neu- und Erweiterungsabauten Bau-/Raumprogramm ohne Anerkennungsvermerk

4. Bauunterlagen bei beantragter Zuwendung über 1,5 Mio. €

Der Antrag einschließlich Anlagen und die im Folgenden zusätzlich aufgeführten Bauunterlagen sind in dreifacher Ausfertigung einzureichen:

- Planunterlagen, bestehend aus
 - Bau- und/ oder Raumprogramm ohne Anerkennungsvermerk
 - Übersichtsplan und – sofern vorhanden – Messtischblatt
 - Lageplan des Bauvorhabens, mindestens im Maßstab 1:1.000 mit Darstellung der Erschließung
 - Pläne, die Art und Umfang des Bauvorhabens prüfbar nachweisen, mindestens im Maßstab 1:200
 - Vorbescheide oder sonstige Nachweise über die baurechtliche Zulässigkeit
 - Erläuterungsbericht
- Kostenermittlung, die Kosten sind als Kostenberechnung nach DIN 276 (ggf. nach Bauobjekten/Bauabschnitten unterteilt), vorzugsweise nach Gewerken, zu ermitteln, wobei diejenigen Kosten, für die eine Zuwendung beantragt wird, gesondert auszuweisen sind; als Anlage sind, soweit erforderlich, Kostenaufschlüsselungen oder Berechnungen anderer Art, deren Ergebnisse der Kostenermittlung zu Grunde gelegt wurden, beizufügen; bei Hochbauten sind die Flächen und Rauminhalte nach DIN 277 zu berechnen; etwaige Abweichungen vom bestehenden Raumprogramm sind darzustellen
- Planungs- und Kostendatenblatt (Muster 5 zu § 44 SÄHO) (SAB-Vordruck 61359)
- vorhandene Gutachten und Auflagen

5. Erklärung und Bestätigung des Antragstellers

5.1 Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben

Der Antragsteller versichert die Richtigkeit und Vollständigkeit sowohl der vorstehenden als auch der in den Anlagen zum Antrag gemachten Angaben. Dem Antragsteller ist bekannt, dass falsche Angaben den Widerruf der Zuwendung und die Rückerstattung bereits ausgezahlter Beträge nebst Verzinsung zur Folge haben können.

5.2 Rechtsanspruch

Dem Antragsteller ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Zuschussgewährung nicht besteht und auch nicht durch die Antragstellung begründet wird.

5.3 Vorhabensbeginn

Der Antragsteller erklärt, dass das Vorhaben noch nicht begonnen ist und dass es auch nicht vor der Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides bzw. der Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns begonnen wird. Dem Antragsteller ist bekannt, dass der vorzeitige Maßnahmebeginn ohne Genehmigung zu einer Förderunfähigkeit der Maßnahme und damit zum Widerruf des Zuwendungsbescheides führen kann.

5.4 Jahresscheibenänderung

Der Antragsteller erklärt sich damit einverstanden, dass auf Grund der verfügbaren Haushaltsmittel die beantragten Beträge je Jahresscheibe im Rahmen der Bewilligung über- oder unterschritten werden können.

5.5 Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit

Der Antragsteller erklärt, dass die Gesamtausgaben für das beantragte Vorhaben einer wirtschaftlichen und sparsamen Planung entsprechen bzw. der Finanzierungsplan nach den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Haushaltsführung aufgestellt wurde und verbindlich ist. Die Zuwendung wird ausschließlich zur Finanzierung der beschriebenen Maßnahme und außerhalb gesetzlich vorgeschriebener Aufgaben verwendet wird. Ohne die beantragte Förderung würde das Vorhaben nicht wie geplant durchgeführt werden.

5.6 Weitere Zuwendungen

Der Antragsteller erklärt, dass für die geplante Maßnahme mit Ausnahme der unter Nr. 3.3 angegebenen Zuwendungen keine weiteren Zuwendungen aus anderen Förderprogrammen gewährt wurden bzw. werden. Insbesondere wurden/wird keine Förderung gewährt nach (ggf. Anlage gemäß Nr. 4.2):

- der VwV Kita Bau,
- der RL Klimaschutz - RL Klima/2014,
- der VwV StBauE,
- der RL Nachhaltige Stadtentwicklung
- der VwV Investkraft
- der Sportförderichtlinie
- der FörSiF

5.7 Gesicherte Gesamtfinanzierung und Folgekosten

Der Antragsteller erklärt, dass er sich mit den unter Nr. 3.3 angegebenen erforderlichen Eigenmitteln an der Finanzierung

der Maßnahme beteiligt und dass der Eigenanteil im Haushaltsplan entsprechend eingestellt ist bzw. eingestellt wird. Der Antragsteller erklärt weiterhin, dass die laufenden Kosten für die Leistungen außerhalb dieses Vorhabens, die zur Erreichung des Zweckzwecks und zur Einhaltung der Zweckbindungsfrist erforderlich sind, übernommen werden.

5.8 Unterlagen

Der Antragsteller hält die Nachweise zu vorstehenden Angaben und Erklärungen zu Prüfzwecken vor. Der Antragsteller erklärt, die Nachweise und weitere Unterlagen auf Anforderung der SAB nachzureichen.

5.9 Teilnahme an Evaluierung des Bundes

Der Antragsteller erklärt, dass er sich zur Teilnahme an der Evaluierung des Bundes als Grundlage für eine nachhaltige soziale und integrative Wirkungsanalyse der Investitionen verpflichtet.

5.10. Subventionserhebliche Tatsachen

Der Zuwendung liegen Subventionen zu Grunde, auf welche der § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen vom 14. Januar 1997 i. V. m. §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG) Anwendung finden.

Mir/Uns (Antragsteller) ist bekannt, dass folgende in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des StGB sind und als Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar sind:

- Angaben zum Antragsteller und Eigentümer bzw. Maßnahmeträger (Nr. 1)
- Angaben zur Maßnahme/Projekt (Nr. 2.1) und zur Lage der Maßnahme (Nr. 2.2)
- Angaben zur aktuellen und geplanten künftigen Nutzung sowie zu den geplanten Baumaßnahmen (Nr. 2.3, Nr. 2.4 und 2.5)
- Durchführungszeitraum (Nr. 2.7)
- Angaben zur bisherigen Förderung des Gebäudes (Nr. 2.8)
- Angaben zu anderen öffentlichen Finanzierungshilfen (sofern zutreffend gemäß Nr. 3.3)
- Angaben in den eingereichten Unterlagen gemäß Nr. 4
- Erklärungen gemäß Nr. 5.1, 5.3, 5.5, 5.6, 5.7 und 5.9

Mir/Uns ist bekannt, dass ferner Handlungen bzw. Rechtsgeschäfte, die unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten vorgenommen werden, sowie Scheingeschäfte und Scheinhandlungen (§ 4 SubvG) subventionserhebliche Tatsachen sind. Mir/Uns sind die nach § 3 SubvG bestehenden Mitteilungspflichten bekannt, wonach der SAB unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen sind, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegen stehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

Antragsteller

Ort

Datum (TT.MM.JJJJ)

Unterschrift Stempel
